Neue Freie Presse
20./XI. 1914.

Der Abbau des Moratoriums.

Wien, 19. November.

Die Besprechungen der wirtschaftlichen Körperschaften, deren Meinung über den Abbau des Moratoriums eingeholt wurde, haben einen sehr bemerkenswerten Verlauf genommen. Die im Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel gefaßte Entschließung, welche die Grundlage für die künftige Moratoriumsverordnung bilden dürfte, ist heute mitgeteilt worden und es erübrigt noch, den Verlauf der Konferenzen darzustellen. Zur Entscheidung lagen zwei Anträge vor. Der eine, der von den Prager wirtschaftlichen Korporationen unterstützt wurde, ging dahin, daß, während in den letzten zwei Monaten 25 Prozent der fälligen Verpflichtungen getilgt worden sind, der Abbau vom Beginn des Dezember ab derart erfolgen soll, daß sowohl von den alten als von den neuen Forderungen je zehn Prozent in jedem Monat abgestattet werden. Gegen diese Methode wurde unter anderm geltend gemacht, daß die Durchführung mit den weitestgehenden buchhalterischen Schwierigkeiten verbunden wäre. Ferner wurde hervorgehoben, daß es den kaufmännischen Prinzipien entspreche, zunächst die älteren, also bis Ende August fälligen Forderungen, zur Gänze zu tilgen. Infolgedessen wurde vorgeschlagen, zuerst innerhalb zwei Monaten die bis Ende August fälligen Forderungen vollständig zu erfüllen. Um den Dezember nicht zu stark zu belasten, wurde für diesen Monat eine 35prozentige, für den Januar eine 40prozentige Quote der Rückzahlung beantragt. Infolgedessen würden die bis Ende August fälligen Forderungen bis Ende Januar vollständig erledigt sein, wobei für offene und für Wechselforderungen eine einheitliche Behandlung eintreten soll. Das zweitnächste Moratorium würde die Monate Februar und März umfassen und in dieser Zeit die September- und Oktoberfälligkeiten in gleicher Weise aus der Welt schaffen, wie im Dezember und Januar die bis Ende August aufgelaufenen Verpflichtungen. Es würden nämlich im Februar 35 und im März 40 Prozent der September- und Oktoberfälligkeiten abzustatten sein. In den Monaten April und Mai wären dann in derselben Art die November- und Dezemberfälligkeiten zu bezahlen und im Juni 1915 müßten die Januarfälligkeiten erledigt werden, so daß das Moratorium bis Ende Juni gänzlich abgebaut wäre. Diese Anträge, die Kommerzialrat Krause im Permanenzkomitee vertrat, wurden zum Beschluß erhoben.

Durch ein Rundschreiben wurde bei den verschiedenen Industrien angefragt, wie sie sich zu diesen Vorschlägen verhalten. Die Vertreter der Schafwollproduktion erklärten, daß sie trotz großer Fälligkeiten im August und September dem erwähnten System des Abbaues vor einer monatlich zehnprozentigen Abstattung der Verbindlichkeiten den Vorzug geben. Die Seidenindustrie sprach sich gegen die Anträge des Permanenzkomitees aus, weil gerade diese Industrie im August große Fälligkeiten im Ausland hat, deren Erfüllung durch die Verhältnisse des Geldverkehrs erschwert ist. Infolgedessen mußte die Frage erörtert werden, ob nicht die Seidenindustrie durch den vorgeschlagenen Abbau des Moratoriums allzu stark belastet werden würde. Die übrigen Produktionszweige erklärten sich mit den Anträgen des Permanenzkomitees unter dem Hinweise einverstanden, daß der vorgeschlagene Abbau günstiger sei, als wenn für alle Forderungen zehn Prozent in jedem Monat gezahlt werden müßten. Es findet noch eine Konferenz mit den Vertretern der auswärtigen Handelskammern statt und man nimmt an, daß das neue Moratorium auf Grund der im Permanenzkomitee gefaßten Beschlüsse in der Mitte der nächsten Woche in Kraft treten wird.